

## 2. Einführung in das Rechnungswesen des Konzerns und die kapitalmarktorientierte Unternehmensbewertung

### 2.1 Der Konzern als Rechts- und Unternehmensform

#### 2.1.1 Der aktienrechtliche und der betriebswirtschaftliche Konzernbegriff

Wesentlich für diese Arbeit ist der Begriff des Konzerns. Dabei ist grundsätzlich zwischen dem aktienrechtlichen Konzernbegriff und dem betriebswirtschaftlichen Konzernbegriff zu unterscheiden. Beide Begriffe werden im Folgenden erläutert.

Verbundene Unternehmen werden im Aktiengesetz (AktG) in den §§ 15-18 AktG definiert und in verschiedene Formen differenziert. Zu den verbundenen Unternehmen gemäß § 15 AktG zählen auch Konzernunternehmen, die als Verbindung rechtlich selbstständiger Unternehmen zu einer wirtschaftlichen Einheit interpretiert werden können. Das Verhältnis der verbundenen Unternehmen dieser wirtschaftlichen Einheit kann durch Über- bzw. Unterordnung (§ 18 Abs. 1 AktG) oder Gleichordnung (§ 18 Abs. 2 AktG) gekennzeichnet sein.<sup>9</sup> Die Unternehmensverbindungen gemäß den §§ 15-18 AktG sind nicht an eine bestimmte Rechtsform gebunden, sondern sind als rechtsformneutral zu interpretieren. Die Konsequenzen, die aus einer Unternehmensverbindung gemäß den §§ 15-18 AktG resultieren, sind jedoch abhängig von der Rechtsform der Unternehmen. Im Folgenden wird ausschließlich auf Aktiengesellschaften eingegangen.<sup>10</sup>

Gemäß § 18 Abs. 1 AktG bilden verbundene Unternehmen dann einen sogenannten Unterordnungskonzern, wenn ein oder mehrere abhängige Unternehmen unter der einheitlichen Leitung eines herrschenden Unternehmens stehen. Abhängige Unternehmen werden in § 17 Abs. 1 AktG definiert und sind rechtlich selbstständige Unternehmen, auf die ein Unternehmen durch die Bestimmung der Geschäftspolitik einen unmittelbaren oder mittelbaren beherrschenden Einfluss ausüben kann.<sup>11</sup> Da die Möglichkeit des beherrschenden Einflusses kaum überprüfbar ist, wird von Unternehmen, die in Mehrheitsbesitz stehen, stets vermutet, dass sie abhängig sind (Abhängigkeitsvermutung).<sup>12</sup> Wird die Möglichkeit zur Beherrschung tatsächlich genutzt, so bilden

---

<sup>9</sup> Vgl. Baetge/ Kirsch/ Thiele (2013), S. 1-3 sowie Emmerich (2013), § 15 AktG, Rn. 3 und § 18 AktG, Rn. 1 und 5.

<sup>10</sup> Vgl. Baetge/ Kirsch/ Thiele (2013), S. 2.

<sup>11</sup> Vgl. Baetge/ Kirsch/ Thiele (2013), S. 1-3.

<sup>12</sup> Vgl. § 17 Abs. 2 AktG sowie Baetge/ Kirsch/ Thiele (2013), S. 2-4.

das herrschende Unternehmen und die beherrschten Unternehmen einen sogenannten faktischen Konzern. Da aber auch die tatsächliche Beherrschung in der Regel kaum überprüfbar sein wird, wird bei abhängigen Unternehmen gemäß § 17 AktG vermutet, dass sie mit dem herrschenden Unternehmen einen Konzern bilden (Konzernvermutung) und das Kriterium der einheitlichen Leitung erfüllt ist.<sup>13</sup> Wird ein Beherrschungsvertrag gemäß § 291 des Handelsgesetzbuches (HGB) bzw. ein Eingliederungsvertrag gemäß § 319 HGB geschlossen, spricht man von einem Vertragskonzern bzw. einem Eingliederungskonzern.<sup>14</sup> Ein Gleichordnungskonzern liegt vor, wenn mehrere unabhängige, rechtlich selbstständige Unternehmen unter einer einheitlichen Leitung zusammengefasst werden.<sup>15</sup>

Im Gegensatz zu dem aktienrechtlichen Konzernbegriff ist es für den betriebswirtschaftlichen Konzernbegriff entscheidend, dass die Konzernunternehmen eine wirtschaftliche Einheit bilden.<sup>16</sup> Die einzelnen Konzernunternehmen sind zwar rechtlich selbstständig, werden jedoch einheitlich geleitet und können autonome Entscheidungen nur in einem begrenzten Rahmen treffen.<sup>17</sup> Sie können somit als unselbstständige Betriebsstätten interpretiert werden.<sup>18</sup> Die einheitliche Leitung sollte dabei mindestens die Festlegung der Konzernstrategie, die Detailplanung auf Konzernebene, auf Konzernunternehmensebene sowie auf Segmentebene, die Festlegung der Politik bezüglich Finanzierung, Investitionen, relevanter Märkte sowie Personalführung, die Festlegung von Maßnahmen, die für den Konzern von besonderer Bedeutung sind, die Besetzung bedeutsamer Posten und die Koordination der einzelnen Konzernunternehmen bzw. Segmente umfassen.<sup>19</sup> Ausgehend von dem aktienrechtlichen und dem betriebswirtschaftlichen Konzernbegriff fasst *Fischer* zusammen, dass die „Organisationsform Konzern durch eine Diskrepanz zwischen der rechtlichen Vielheit und der wirtschaftlichen Einheit gekennzeichnet [ist].“<sup>20</sup>

<sup>13</sup> Vgl. § 18 Abs. 1 AktG sowie Baetge/ Kirsch/ Thiele (2013), S. 2-4 und Emmerich (2013), § 18 AktG, Rn. 3 und Rn. 13.

<sup>14</sup> Vgl. Theisen (2000), S. 42-52 und Baetge/ Kirsch/ Thiele (2013), S. 5.

<sup>15</sup> Vgl. Adler/ Düring/ Schmaltz (1997), § 18 AktG, Rn. 77.

<sup>16</sup> Vgl. Lutter/ Scheffler/ Schneider (1998), S. 3.

<sup>17</sup> Vgl. Theisen (2000), S. 15.

<sup>18</sup> Vgl. Fischer (1989), S. 19.

<sup>19</sup> Vgl. Scheffler (1985), S. 2007 und Meichelbeck (1998), S. 17.

<sup>20</sup> Fischer (1989), S. 19.

### 2.1.2 Möglichkeiten der Konzernorganisation

Die Notwendigkeit des rechtlichen Gefüges Konzern besteht darin, wirtschaftliche Zielsetzungen im Konzernverbund effizienter zu erreichen. Dazu ist eine zweckmäßige Organisation des Konzerns zwingend erforderlich. Hierbei kann von der rechtlichen Struktur des Konzerns abstrahiert werden.<sup>21</sup> Grundsätzlich muss entschieden werden, inwieweit Entscheidungen zentral bzw. dezentral getroffen werden. Dabei kann zwischen Stammhauskonzern und Holdingorganisation unterschieden werden. Letztere kann wiederum in Managementholding und Finanzholding differenziert werden.<sup>22</sup>

Der Stammhauskonzern ist dadurch gekennzeichnet, dass neben den rechtlich selbstständigen Tochterunternehmen auch rechtlich unselbstständige Bereiche existieren, die dem Mutterunternehmen, dem Stammhaus, angegliedert sind. Der Einfluss des Mutterunternehmens auf die Tochterunternehmen ist von wesentlicher Bedeutung, da sowohl strategische als auch bedeutsame operative Entscheidungen für die Tochterunternehmen getroffen werden.

Bei einer Holdingorganisation gibt es neben dem Mutterunternehmen, der Konzernleitung bzw. Holding, ausschließlich rechtlich selbstständige Tochterunternehmen, welche die operativen Entscheidungen autonom treffen. Im Fall einer Managementholding übernimmt die Holding die strategischen Entscheidungen und koordiniert die einzelnen Tochterunternehmen. Handelt es sich um eine Finanzholding übernimmt diese ausschließlich die Finanzierungsfunktion. Alle weiteren Entscheidungen werden auf die Tochterunternehmen übertragen.<sup>23</sup>

### 2.1.3 Finanzierungsformen im Konzern

Ein weiterer wesentlicher Aspekt bei dem Zusammenschluss von Unternehmen zu einem Konzern ist die Finanzierung. Diese ist innerhalb eines Konzerns wesentlich komplexer als bei einem einzelnen Unternehmen. Hinsichtlich der Finanzierung eines Einzelunternehmens kann grundsätzlich zwischen Außen- und Innenfinanzierung unterschieden werden, wobei die Außenfinanzierung weiter in Eigen- und Fremdfi-

---

<sup>21</sup> Vgl. Theisen (2000), S. 127 und S. 153.

<sup>22</sup> Vgl. Scheffler (1980), S. 25; Scheffler (2005), S. 59-63; Jost (2009), S. 496f.

<sup>23</sup> Vgl. Jost (2009), S. 496-500. Vgl. ausführlich zur Konzernorganisation Theisen (2000), S. 127-197. Siehe zu weiteren Systematisierungen der Konzernorganisation Küting (1980), S. 7-10 und die dort angegebenen Quellen.

nanzierung differenziert werden kann.<sup>24</sup> Innerhalb eines Konzerns gibt es zusätzlich die Möglichkeit der konzernexternen und konzerninternen Finanzierung.<sup>25</sup> Die konzernexterne Finanzierung setzt eine Transaktion mit Konzernfremden voraus, während die konzerninterne Finanzierung die Finanzierung durch andere Konzernunternehmen umfasst. Die konzerninterne und konzernexterne Finanzierung können sich jeweils auf die Außen- und Innenfinanzierung sowie auf die Eigen- und Fremdfinanzierung beziehen.<sup>26</sup>

Bezüglich der konzernexternen und -internen Außenfinanzierung durch Eigenkapital bestehen innerhalb eines Konzernverbunds mehrere Möglichkeiten. Das Eigenkapital eines Konzernunternehmens in Form einer Kapitalgesellschaft kann in das gezeichnete Kapital, die Kapitalrücklagen, die Gewinnrücklagen, den Bilanzgewinn und die Anteile der Minderheitsgesellschafter an dem Eigenkapital gegliedert werden.<sup>27</sup> Die Erhöhung des gezeichneten Kapitals des Mutterunternehmens kann im Rahmen einer Kapitalerhöhung erfolgen. Da dem Mutterunternehmen auf diese Weise Eigenkapital von Dritten zufließt, handelt sich um eine konzernexterne Eigenfinanzierung.<sup>28</sup> Die Ausstattung der Tochterunternehmen mit Eigenkapital wird in der Regel von dem Mutterunternehmen bzw. einer Finanzierungsgesellschaft<sup>29</sup> übernommen und ist somit als konzerninterne Eigenfinanzierung einzustufen.<sup>30</sup> Eine Kapitalerhöhung bei einem Konzernunternehmen kann dabei aus dem Eigenkapital des Mutterunternehmens oder aus einer Kreditaufnahme des Mutterunternehmens finanziert werden. Sofern Minderheitsgesellschafter an einem Konzernunternehmen beteiligt sind, stellen auch diese

<sup>24</sup> Vgl. Spremann (1991), S. 184; Putnoki/ Schwadorf/ Then Bergh (2011), S. 79f. Siehe zu dieser Differenzierung bereits Hax (1966), S. 415f.

<sup>25</sup> Vgl. Kessler (1998), S. 1146f.; Perridon/ Steiner/ Rathgeber (2012), S. 389-392.

<sup>26</sup> Vgl. Rudolph (1998), S. 36f.; Scheffler (1998), S. 671; Scheffler (2005), S. 198.

<sup>27</sup> Vgl. § 266 Abs. 3 HGB sowie § 307 HGB.

<sup>28</sup> Vgl. dazu Spremann (1991), S. 254; Baums/ Vogel (1998), S. 256-261 und ausführlich Scheffler (1998), S. 219f. sowie S. 213-231. Eine weitere Möglichkeit der Erhöhung des Eigenkapitals ist die Ausgabe von Genussscheinen. Vgl. Scheffler (1998), S. 229.

<sup>29</sup> Eine Finanzierungsgesellschaft kann die Kapitalausstattung der Konzernunternehmen übernehmen. Sie agiert dabei als rechtlich selbstständiges Konzernunternehmen. Vgl. ausführlich Theisen (1998), S. 717-743. Aufgrund der geringen Bedeutung der Finanzierungsgesellschaft für die Bewertung von Konzernen wird im weiteren Verlauf der Arbeit von der Kapitalausstattung der Konzernunternehmen durch eine Finanzierungsgesellschaft abgesehen.

<sup>30</sup> Vgl. Baums/ Vogel (1998), S. 266-270; Scheffler (1998), S. 236f.; Theisen (1998), S. 720.

dem Konzernunternehmen im Rahmen einer konzernexternen Eigenfinanzierung Eigenkapital zur Verfügung.<sup>31</sup>

Bedeutsam ist die Unterscheidung des Eigenkapitals des Konzerns in originäres und derivatives Eigenkapital. Die Einlagen der Eigner des Mutterunternehmens sowie der Minderheitsseigner anderer Konzernunternehmen bilden das originäre Eigenkapital. Derivatives Eigenkapital entsteht durch die Ausstattung eines Tochterunternehmens mit Eigenkapital durch das Mutterunternehmen infolge der Beteiligung des Mutterunternehmens an dem Eigenkapital dieses Tochterunternehmens. Aus Sicht der rechtlich selbstständigen Konzernunternehmen handelt es sich um originäres Eigenkapital, während aus Sicht des Konzerns derivatives Eigenkapital vorliegt. Letzteres wird im Rahmen der Kapitalkonsolidierung mit dem Buchwert der Beteiligung des Mutterunternehmens verrechnet.<sup>32</sup>

Hinsichtlich der Außenfinanzierung durch Fremdkapital können das Mutterunternehmen und die Tochterunternehmen im Rahmen einer konzernexternen Fremdfinanzierung den Kapitalmarkt nutzen.<sup>33</sup> Zudem können die Tochterunternehmen auch von der Muttergesellschaft, einer Finanzierungsgesellschaft oder einem anderen Konzernunternehmen im Rahmen einer konzerninternen Fremdfinanzierung mit Fremdkapital ausgestattet werden.<sup>34</sup>

Eine Innenfinanzierung kann aus Thesaurierungen, Abschreibungen und Rückstellungen erfolgen sowie durch Vermögensumschichtung und die Ausnutzung bilanzpolitischer Spielräume zur Beeinflussung des Jahresüberschusses erreicht werden. Es ist zu differenzieren, ob die Innenfinanzierung infolge einer Transaktion mit Dritten bzw. mit Konzernunternehmen erfolgt und folglich der konzernexternen bzw. der konzerninternen Finanzierung zuzuordnen ist.<sup>35</sup> Die nachstehende Tabelle fasst die vorgenommene Systematisierung zusammen.<sup>36</sup>

---

<sup>31</sup> Vgl. Scheffler (1998), S. 237; Theisen (2000), S. 459f.

<sup>32</sup> Vgl. Fischer (1989), S. 20f. Vgl. zu dem sogenannten Pyramideneffekt Schierenbeck (1980); Fischer (1989), S. 21-23; Theisen (2000), S. 461-465 sowie Scheffler (2005), S. 205-207.

<sup>33</sup> Vgl. Spremann (1991), S. 257; Maier-Reimer (1998), S. 485f. und Dinstuhl (2003), S. 159.

<sup>34</sup> Vgl. Hommelhoff/ Kleindiek (1998), S. 696f. und Scheffler (1998), S. 674-676.

<sup>35</sup> In Anlehnung an Matschke (1991), S. 169-173; Spremann (1991), S. 322; Schneider (1992), S. 11; Adelberger (1993), S. 206-212; Pellens/ Bonse (1998), S. 383-395 und Drukarczyk (2008), S. 12; Putnoki/ Schwadorf/ Then Bergh (2011), S. 170-172.

<sup>36</sup> In Anlehnung an Scheffler (2005), S. 198.

Konzernfinanzierung			
	Außenfinanzierung		Innenfinanzierung
	Eigenfinanzierung	Fremdfinanzierung	
konzernexterne Finanzierung	Kapitalausstattung des Mutterunternehmens Kapitalausstattung durch Minderheits-eigner	Fremdkapitalaufnahme am Kapitalmarkt	aus Transaktionen mit Dritten
konzerninterne Finanzierung	Kapitalausstattung der Tochterunternehmen durch Mutterunternehmen	Fremdkapitalüberlassung durch Konzernunternehmen	aus Transaktionen mit Konzernunternehmen

Tabelle 2: Systematisierung der Finanzierungsformen in einem Konzern

## 2.2 Das Rechnungswesen des Konzerns

### 2.2.1 Begriff und Struktur des Rechnungswesens eines Konzerns

Die Aufgabe der Unternehmensrechnung besteht in der Konzeption und dem Einsatz von Informationssystemen und Rechnungsverfahren. Abhängig davon, welche Adressatengruppe angesprochen wird, kann zwischen der internen und der externen Unternehmensrechnung unterschieden werden.<sup>37</sup> Der internen Unternehmensrechnung kommen die Entscheidungs- sowie die Verhaltenssteuerungsfunktion zu. Der Entscheidungsfunktion folgend, sollen entscheidungsnützliche Informationen für das Management bereitgestellt werden.<sup>38</sup> Die Verhaltenssteuerungsfunktion beinhaltet die Beeinflussung der Entscheidungsträger eines Unternehmens zur Bewältigung von Zielkonflikten bei asymmetrisch verteilten Informationen.<sup>39</sup> Aufgrund weitgehend fehlender gesetzlicher Regelungen<sup>40</sup> kann dieser Bereich der Unternehmensrechnung unternehmensindividuell ausgestaltet werden.<sup>41</sup> Im Rahmen der externen Unterneh-

<sup>37</sup> Vgl. Ewert/ Wagenhofer (2014), S. 3f.

<sup>38</sup> Vgl. Ewert/ Wagenhofer (2014), S. 6-8; Coenenberg/ Fischer/ Günther (2012), S. 6.

<sup>39</sup> Vgl. Ewert/ Wagenhofer (2014), S. 8.

<sup>40</sup> Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass Aktiengesellschaften mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich zu der Implementierung eines Risiko-Managements verpflichtet sind. Vgl. dazu statt vieler Reichmann (2011), S. 599.

<sup>41</sup> Vgl. Ewert/ Wagenhofer (2014), S. 4.

mensrechnung werden Informationen zur Publikation für unternehmensexterne Adressaten aufbereitet. Diese müssen zum Teil gesetzlichen Anforderungen genügen. Darüber hinaus können Informationen freiwillig veröffentlicht werden.<sup>42</sup>

Die Umsetzung dieser Aufgaben erfolgt in dem Rechnungswesen eines Unternehmens. Dieses dient insbesondere der quantitativen Aufbereitung und Darstellung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens unter verschiedenen zeitlichen Aspekten.<sup>43</sup> Aufgrund der beiden Adressatengruppen wird das Rechnungswesen in der Regel in das interne und externe Rechnungswesen gegliedert. Das interne Rechnungswesen stellt Informationen bereit, die das Management bei der Planung, Steuerung und Kontrolle unterstützen.<sup>44</sup> Ziel des externen Rechnungswesens bzw. der Rechnungslegung ist die Erstellung des Jahresabschlusses bzw. Einzelabschlusses eines Unternehmens gemäß den gesetzlichen Regelungen.<sup>45</sup>

Das Rechnungswesen eines Konzerns umfasst zum einen das Rechnungswesen der rechtlichen Vielheit und zum anderen das Rechnungswesen der wirtschaftlichen Einheit. Da die einzelnen Konzernunternehmen rechtlich selbstständig sind, muss jedes Konzernunternehmen einen Einzelabschluss entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Regelungen aufstellen und benötigt zudem ein internes Rechnungswesen. Für die wirtschaftliche Einheit Konzern ist ein Rechnungswesen auf Konzernebene notwendig, welches die Informationen der Konzernunternehmen erfasst und für eine Betrachtung des Konzerns als Gesamtheit aufbereitet.

Die wesentliche Aufgabe des Rechnungswesens auf Konzernebene ist die in der Regel verpflichtende Erstellung des Konzernabschlusses. In diesem Rahmen ist eine Zwischenergebniseliminierung durchzuführen. Dazu sind die Konzernanschaffungskosten bzw. Konzernherstellungskosten der Vermögenswerte zu ermitteln. Insofern ist es notwendig, Informationen über die Kostenstrukturen aus Einzelunternehmens- und Konzernsicht bereitzustellen.<sup>46</sup> Informationen über die Struktur der Kosten bei den einzelnen Konzernunternehmen sind für eine Verwendung auf Konzernebene nicht geeignet. Dies resultiert zum einen daraus, dass die Differenzierung in Einzel- und

---

<sup>42</sup> Vgl. Wagenhofer/ Ewert (2007), S. 4.

<sup>43</sup> Vgl. Schneider (1997), S. 3; Coenenberg/ Fischer/ Günther (2012), S. 4.

<sup>44</sup> Vgl. Kloock (1997), S. 1; Dirrigl (1998), S. 540; Wagenhofer/ Ewert (2007), S. 4; Eisele/ Knobloch (2011), S. 11f.; Coenenberg/ Fischer/ Günther (2012), S. 6f.; Coenenberg/ Haller/ Mattner/ Schultze (2014), S. 6-9.

<sup>45</sup> Vgl. Wagenhofer/ Ewert (2007), S. 4.

<sup>46</sup> Vgl. Dusemond (1999), S. 2477. Vgl. zu der Eliminierung der Zwischengewinne auch den Abschnitt 2.2.2.4.3.

Gemeinkosten bzw. variable und fixe Kosten aus Einzelunternehmens- und Konzernsicht unterschiedlich vorzunehmen ist. Zum anderen kann es aus der Sicht des Einzelunternehmens und aus Sicht des Konzerns Unterschiede hinsichtlich der Aktivierungsfähigkeit und der Gewinnrealisierung geben. Für Kosten, für die im Einzelabschluss eine Aktivierungspflicht bzw. ein Aktivierungswahlrecht besteht, kann es im Rahmen der Konzernabschlusserstellung ein Aktivierungsverbot geben und umgekehrt. Beispielsweise führt die innerkonzernliche Veräußerung eines selbst erstellten Markennamens zu einer Aktivierung zu Anschaffungskosten bei dem abnehmenden Konzernunternehmen. Aus Konzernsicht gilt jedoch gemäß dem International Accounting Standard (IAS) 38.63 ein Aktivierungsverbot für diesen immateriellen Vermögenswert. Gewinne, die aus Beziehungen mit anderen Konzernunternehmen entstanden sind, wurden aus Einzelunternehmenssicht realisiert und sind somit im Einzelabschluss enthalten. Aus Sicht des Konzerns wurde der Gewinn nicht mit einem fremden Dritten erzielt und folglich nicht realisiert. Dieser Gewinn darf im Konzernabschluss nicht gezeigt werden und ist im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung und der Konsolidierung der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) zu eliminieren.<sup>47</sup>

Neben der Konzernabschlusserstellung können auf Konzernebene unternehmensindividuell und unabhängig von gesetzlichen Vorgaben, notwendige Informationen für die Konzernführung bereitgestellt werden. Dazu gehören insbesondere Planungs- und Kontrollrechnungen sowie die Aufbereitung der Kostenstrukturen aus Konzernsicht.<sup>48</sup> Durch die Bereitstellung relevanter Informationen, die eine Sicht auf den Konzern als Ganzes ermöglichen, kann die Entscheidungsqualität verbessert werden. Beispielsweise kann eine Kostenkontrolle aus Konzernsicht durchgeführt werden, da die verwendeten Verrechnungspreise auf Konzernebene keine Relevanz haben.<sup>49</sup> Für ein Rechnungswesen auf Konzernebene ist eine einheitliche Struktur des Rechnungswesens aller Konzernunternehmen erforderlich. Damit ist eine Ableitung der auf Konzernebene relevanten Informationen möglich. Ebenso sind einheitliche Wertansätze

---

<sup>47</sup> Vgl. Dusemond (1999), S. 2477-2481.

<sup>48</sup> Vgl. Müller (1980), S. 4; Dusemond (1991), S. 380-381 sowie S. 403-404; Raps (1997), S. 256f. sowie S. 494; Theisen (2000), S. 487f. sowie Schildbach (2008), S. 137.

<sup>49</sup> Vgl. Kirsch (1998), S. 214. Vgl. zu der Ermittlung sowie den Funktionen und Arten von Verrechnungspreisen Ewert/ Wagenhofer (2014), S. 567-631 sowie zu der Bedeutung von Verrechnungspreisen für internationale Konzerne Weber/ Stoffels/ Kleindienst (2004).



innerhalb des Konzerns sinnvoll, da die Daten der Konzernunternehmen somit vergleichbar und transparent sind.<sup>50</sup>

Bereits seit mehreren Jahren wird die Trennung von internem und externem Rechnungswesen diskutiert.<sup>51</sup> Es ist eine Nutzung der Daten des internen Rechnungswesens für die externe Veröffentlichung sowie ein Rückgriff auf Daten des externen Rechnungswesens für die interne Steuerung zu beobachten. Diese Harmonisierung bzw. Konvergenz des Rechnungswesens hat mehrere Ursachen. Zum einen haben die IFRS stark an Bedeutung gewonnen. Ein Abschluss gemäß den IFRS soll entscheidungsnützliche Informationen vermitteln. Dieses Ziel deckt sich weitestgehend mit den Zielen des internen Rechnungswesens. Zudem ist in mehreren Standards der Management Approach verankert, der eine Übernahme der internen Daten in die externe Berichterstattung fordert. Zum anderen kann mit einem harmonisierten Rechnungswesen ein geringerer organisatorischer und finanzieller Aufwand verbunden sein.<sup>52</sup> Im Folgenden wird von einer weitgehenden Konvergenz des Rechnungswesens auf Konzernebene ausgegangen und insbesondere die Konzernabschlusserstellung erläutert.

## **2.2.2 Der Konzernabschluss**

### **2.2.2.1 Aufgaben und Zwecke des Konzernabschlusses**

Das HGB enthält mit § 297 Abs. 2 Satz 2 HGB die Generalnorm für den handelsrechtlichen Konzernabschluss. In dieser wird festgelegt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zu erstellen ist und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln soll. Um dieser Generalnorm gerecht zu werden und das Informationsbedürfnis der Adressaten zu erfüllen, muss der handelsrechtliche Konzernabschluss den Zweck der Dokumentation der Geschäftsvorfälle sowie den Zweck der Rechenschaft erfüllen. Darüber hinaus soll der Konzernabschluss die Geschäftsvorfälle aus Sicht der wirtschaftlichen Einheit Konzern darstellen und somit die in den Einzelabschlüssen der Konzernunternehmen erfassten Verflechtungen zwischen den Konzern-

---

<sup>50</sup> Vgl. Küting/ Dusemond (1994), S. 247.

<sup>51</sup> Es ist anzumerken, dass eine Differenzierung in ein internes und ein externes Rechnungswesen im anglo-amerikanischen Bereich weniger ausgeprägt ist. Vgl. Klein (1999), S. 27f.

<sup>52</sup> Vgl. Ernst/ Vater (2006), S. 237; Wagenhofer (2006), S. 4; Simons/ Weißenberger (2008), S. 137f.

unternehmen kompensieren. Dieser sogenannte Kompensationszweck wird durch die Konsolidierung der Einzelabschlüsse erfüllt und somit letztlich der Konzernabschluss abgeleitet.<sup>53</sup> Würde eine Konsolidierung unterbleiben, so hätte dies zur Folge, dass die Beteiligung des Mutterunternehmens an dem Eigenkapital der Tochterunternehmen sowie das Eigenkapital der Tochterunternehmen selbst im Konzernabschluss erfasst werden würden. Da nur das Eigenkapital des Mutterunternehmens sowie das der Minderheitsseigner originäres Eigenkapital darstellen, ist die Kapitalverflechtung zwischen den Konzernunternehmen aus Sicht des Konzerns zu eliminieren. Zudem wären Transaktionen wie Lieferungen und Leistungen oder Kreditvergaben zwischen Konzernunternehmen im Konzernabschluss enthalten. Diese stellen aus Konzernsicht Transaktionen des Konzerns mit sich selbst dar und sind somit im Rahmen der Konsolidierung ebenfalls zu eliminieren.<sup>54</sup>

Während einem Einzelabschluss nach HGB unter anderem der Zweck der Kapitalerhaltung in Form von Regelungen hinsichtlich der Ausschüttung<sup>55</sup> zukommt, kann dieser Zweck nicht auf den Konzernabschluss übertragen werden. Dies liegt in der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Konzerns begründet. Aufgrund dessen kann dieser keine Ausschüttungen leisten und somit ist auch eine Ausschüttungsbemessung auf Konzernebene nicht möglich.<sup>56</sup> Da sich die Besteuerung in Deutschland ebenfalls an den einzelnen Konzernunternehmen ausrichtet, kommt dem Konzernabschluss, anders als dem Einzelabschluss, auch nicht der Zweck der Steuerbemessung zu.<sup>57</sup>

Der Zweck eines (Konzern-)Abschlusses nach den IFRS besteht darin, die verschiedenen Adressaten zu informieren und diese bei ihren Entscheidungen zu unterstützen.<sup>58</sup> Dies findet sich zum einen in der Zielsetzung der IFRS. Nach dieser soll ein Abschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und

<sup>53</sup> Vgl. Baetge/ Kirsch/ Thiele (2013), S. 40-50.

<sup>54</sup> Vgl. Baetge/ Kirsch/ Thiele (2013), S. 46f.

<sup>55</sup> Hierbei existieren sowohl explizite Regelungen, die die Ausschüttung regulieren sollen, als auch implizite Regelungen der Kapitalerhaltung wie das Vorsichtsprinzip oder das Niederstwertprinzip. Vgl. Baetge/ Kirsch/ Thiele (2012), S. 99-102. Vgl. zur Entwicklung der Ausschüttungsbemessung auch Stephani (2013).

<sup>56</sup> Vgl. Baetge/ Kirsch/ Thiele (2013), S. 44. Vgl. zur Diskussion des Konzernabschlusses als Grundlage zur Bemessung von Ausschüttungen Busse von Colbe/ Ordelheide/ Gebhardt/ Pellens (2010), S. 31f. und die dort angegebenen Quellen.

<sup>57</sup> Vgl. Busse von Colbe/ Ordelheide/ Gebhardt/ Pellens (2010), S. 32-34. Vgl. zur Besteuerung des Konzerns den Abschnitt 2.2.3.

<sup>58</sup> Vgl. Framework (F.) 12 und IAS 1.9 sowie Ruhnke/ Simons (2012), S. 17.



<http://www.springer.com/978-3-658-08474-5>

Kapitalmarktorientierte Konzernbewertung

Schirmer, U.

2015, XXV, 269 S. 7 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-08474-5